

Saale-Beitung.

Zweimundertvierzigster Jahrgang.

Beizigen

werden die Spaltenpreise über dem...
Reaktion und Dampf-Geschäfts...

Bezugspreis
Ihre Stelle vierteljährlich bei postamtlicher...

Nr. 22.

Halle a. S., Dienstag, den 14. Januar

1908.

Blockflasko?

Die offiziellen Blätter suchen nach der Erklärung des...

Nach diesen Auslassungen macht es den Eindruck, als...

Das letzte ist auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik...

Der Liberalismus hat sich in diesen Tagen die Frage...

Augenblick aus der politischen Situation erwachsen waren...

Die Entschöpfung der freisinnigen Volkspartei wird am...

Deutsches Reich.

Ein Vergleich im Peters-Prozess.

S. u. H. Berlin, 13. Jan. Der Verleumdungsprozess Dr....

Gouverneurs a. d. v. Soden der Vergleich zur Publikation...

Zur Kritik im Flottenereis.

In der Hauptversammlung des Landesvereins...

Eine von 87 Vertretern der Ortsgruppe der geschäfts...

Freisinn und Blockpolitik.

Ein Parteitag der freisinnigen Volkspartei für Hessen...

In dem schon erwähnten bemerkenswerten Berliner...

Indem die Fraktionsgemeinschaft einmütig und vor der...

Feuilleton.

Unterseebahnen.

Von Dr. Franz Kitzler.

(Nachdruck verboten.)

Am englischen Parlament war vor kurzem wieder einmal...

Dieser Sieg ist um so bedeutender, als wir gerade...

jedoch bereits eingetreten, da nicht nur große Gesellschaften...

Betrachten wir zunächst einige dieser kleineren Anlagen...

In ähnlicher Weise wird man dereinst auch bei den ver...

Der Untersee-Tunnel wird zwischen Alaska und Sibirien...

Eine andere Unterseebahn soll Europa mit Afrika verbinden...

kann, soweit es sich um die freisinnige Fraktionsgemeinschaft handelt, als ausgeschlossen angesehen werden. Das wird die Zukunft mit Sicherheit lehren. Und fürst Bülow hat keine Reue darüber, daß er nach der Unterzeichnung der Ministerialen ausdrücklich erklärt.

Darauf folgt alles übrige von selbst. Fragt man aber in künftigen Tagen, an denen die Aera Bülow geschlossen werden sein wird, nach dem Grunde der politischen Verworrenheit, die er seinem Nachfolger hinterlassen haben wird, so wird die Antwort lauten: Dem vierten Reichstagler fehlte der Blick für die geistigen Zusammenhänge, er war so arglos, so glauben, daß er im Reich mit den von ihm erweckten Erwartungen gehen und im preussischen Jahrgang reaktionärer sein könne. Er hat aus der Personalunion zwischen dem Reichstagler und dem preussischen Ministerpräsidenten die Konsequenzen nicht zu ziehen verstanden. Er hat die politischen Aufgaben nicht erfüllt, die er durch die Stellung seiner im Dezember 1906 inaugurierten neuen Politik übernommen hatte. Er hatte sich um die Reichsgewalt als Vermittler zwischen rechts und links angeboten, er hatte nach im Dezember 1907 die Mittelklasse zwischen Bismarck und Lohndar ziehen zu wollen erklärt. Er hatte in der eminent politischen Frage des preussischen Wahlrechts seine Mittelklasse öffentlich preisgegeben und um es unter dem Veil der preussischen Konstitutionseger abgelehnt, auch nur für die Aufhebung der öffentlichen Sinnabgabe einzutreten.

Was ist die Lösung für den Liberalismus in Deutschland? Er ist nicht einmal den schärfsten Verächtern der guten Sitten, die Zulassung der Mehrfachwahl im Wahlraum hat er aufzugeben sich entschlossen. Er hat damit proklamiert, daß er Preußen nicht einmal auf das Niveau des schärfsten Wahlrechts bringen wolle, das geheime Abstimmung hat. Die Wirkung dieser Blindenpolitik ist einschneidend gewesen. Preußen hat unter der Leitung des Fürsten Bülow einen historischen Moment und eine politische Konstellation verpaßt. So wird das Urteil der politischen Geschichte lauten. Die Parteigeschichte aber wird registrieren: Fürst Bülow hat den Bismarck eigenhändig gesprengt, als er den Grundgedanken seiner Politik verlor. Die Aera aber, die ihren guten Willen zur positiven Mitarbeit bewiesen hat, hat das Recht, sich vor jeder Steuer- oder Gebührensverwilligung auf das Ministerium zurückzuziehen, das ihr Fürst Bülow zur Pflicht gemacht hat.

Das Urteil gegen Buttamer.

In der Begründung des bereits mitgeteilten Urteils gegen Buttamer heißt es: Der Gerichtshof hat in der Ausfertigung des Urteils an die Ehe als Frau v. Gardinien eine Vermögensfrage erörtert. Der Umkehrpunkt, daß der Angeklagte die Ehe in einem Briefe als Heirat als Konstitutionen kennen lernte, hätte ihm zu denken geben sollen.

2. Die Ausstellung eines zweiten Urteils erachtet der Gerichtshof nicht für erforderlich. Die Un glaubwürdigkeit der Ehe habe sich herausgestellt.

3. Es ist kein zwingender Beweis vorhanden, daß der Angeklagte die Vermögensfrage beeinflusst hat.

4. Der Gerichtshof fällt in der Tat für erwiesen, daß der Angeklagte den Bezirksrichter Dämmernann zu beeinflussen versucht hat. Es handelt sich nicht um eine ethische Verletzung, sondern um die Verletzung eines gesetzlichen Befehls. Zugunsten des Angeklagten spricht, daß es ihm dabei auf keinen eigennützigen Zweck ankam.

5. Der Gerichtshof hat dem Angeklagten nicht unbedingt zum Vorwurf gemacht, daß er sich, als das Ermittlungsverfahren gegen die Ehe landete, eine schriftliche Erklärung von ihr zu verschaffen gesucht hat. Gehört hat er aber in der Form, als er eine Fassung des Schreibens veranlaßt, als ob die Ehe dieses Schreiben freiwillig gegeben hätte, v. Buttamer sich schuldig, gegen die Pflicht seines Amtes verstoßen zu haben.

Eine politische Maßregelung in Sibirien?

Wie die „Normier Monatszeitschrift“ erzählt, wurde der evangelische Pfarrassistent Werschkoff wegen seiner nationalsozialistischen Gesinnung und Gefährlichkeit zur Normierung der Einkünfte von Anträgen des Reichsrats v. Hehl von Worms nach Dienenbach bei Dienenbach versetzt. Freiherr v. Hehl hatte bereits kurz nach der Reichstagswahl wegen der gelegentlichen Betätigung Werschkoffs, der nur einmal in seinem Heimatort Eppelshausen reinerlich aufgetreten war und sich im evangelischen Bunde gegen die offizielle Unterstützung der Kandidatur Hehls gemeldet hatte, Beschwerde beim Oberkonsistorium eingeleitet. Die damals angeordnete Verlegung ist jetzt nachträglich erfolgt, nachdem

auch der fortschrittliche Ausschuss der Stadtverordnetenwahl große Zustimmung auf reaktionärer Seite verursacht hat.

Großherzog und Landtag.

Die Oldenburger „Post“ f. St. u. V. veröffentlicht heute die geheime Vorlage des Großherzogs an den Landtag vom vorigen Jahre, worin der Großherzog den Landtag um seine Zustimmung ersuchte zu einer Neuordnung der Regentwürde. Danach sollte der Großherzog das für früher zugedachte Recht der Regentwürde für den Fall des Todes des Großherzogs bei Minderjährigkeit des Großherzogs (bei Aussterben des hiesigen Mannestammes) dem Fürsten Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg übertragen werden. Das lehnte der Landtag einstimmig ab, worauf der Großherzog durch Minister Bülow zu allgemeinen Verbilligung und Heiterkeit erklärte sich, dann wurde er auch nicht länger, daß Vizeoberstleutnant v. Wendt die Geschäfte des Verbleibenden der Kronungskommission weiter führte. Damit verzichtete der Großherzog dem Lande indes zugleich einen größeren Schatz, da Herr v. Wendt sehr beliebt ist und ungeheuer viel für die Zukunft getan hat. Der Landtag nahm die Zustimmung demgemäß an und ist nicht mehr so sehr gespannt. Die Vizeoberstleutnant werden nicht mehr so sehr geladen, und der Großherzog äußert sich sehr ungnädig über sie. Wie die Angelegenheit sich weiter entwickelt, steht dahin; Staub genug wird sie aufwirbeln.

Prinz Max von Sachsen für die französischen Offiziere.

Der „Cri de Paris“ hat nachträglich in Erfahrung gebracht, daß Prinz Max von Sachsen am 29. Dezember in der Pariser Kirche von St. Vincent Depaul eine Predigt zugunsten der Kasse der St. Josephsmission gehalten hat, ein militärisches Wort der Elsaß-Lothringer, die französisch geblieben sind und in Paris leben. Der „Cri de Paris“ findet es deplaciert, daß ein deutscher Prinz in Paris für die Elsaß-Lothringer das Wort ergreift.

See- und Flotte.

Das „Mittwochenblatt“ meldet: „v. Braun schweig, Kommandierender General des 17. Marinekorps, ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit gesetzlicher Pension zur Disposition gestellt, gleichzeitig an die suite des Königin Augusta-Gardenadmiralens Rr. 4.“

Kaiserliche Marine. „Sperber“ ist am 10. Januar in Jorcadou (Süd-Nigeria) eingetroffen und geht am 17. Januar nach dort nach Victoria (Kamerun) in See. „Seeadler“ ist am 11. Jan. in Tongo eingetroffen und geht am 18. Januar von dort nach Jambaja in See. „Tiger“ ist am 11. Januar in Fuzhou eingetroffen und geht am 17. Januar von dort nach Hongkong in See.

Aus deutschen Parlamenten.

Der Meimarusche Landtag wird auf den 3. Februar zu einer längeren Tagung einberufen. Ein nationalliberaler Antrag verlangt die Abänderung des Wahlrechts.

Deutscher Reichstag.

78. Sitzung vom Montag, 18. Januar, 1 Uhr.

(Schluß des Berichts der Morgenansgabe.)

Bei der fortgesetzten Beratung über die Geschäftsberichte der Handlungsgesellschaften in Kranheitsfällen betonte

Hg. Aarhenz (fr. W.): er halte die obligatorische Fortsetzung des Geschäfts für einen Fortschritt. Bei der Abgabe der Karte macht er dem Vermittlungsamt, diese Bestimmung festzusetzen zu lassen und die vertrauliche Vereinbarung hierfür festzusetzen.

Hg. Aarhenz (fr. W.): Was ist die Aufgabe des Gesetzgebers war es ursprünglich ebenfalls, die Gewährung beider Bezüge, Gehalt und Krankengeld zur Regel zu machen. Der jetzige Standpunkt der Regierung ist bedauerlich.

Hg. Schach (fr. W.): wendet sich ebenfalls gegen den Antrag des Krankegesetzes. Er spricht sich insbesondere gegen den Einwand der Simulation aus.

Staatssekretär Dr. Wiesner: Wir werden in der Kommission zeigen, daß in ziemlich beträchtlicher Zahl Abfälle gemacht werden, und es wird behauptet, daß das in viel höherem Maße der Fall sein würde, wenn der Rechtszustand klarer sein würde.

Hg. Dr. Mughan (fr. W.): Durch die Vorlage wird die Lage der Handlungsgesellschaften verschlechtert. Das Interesse der großindustriellen Unternehmen muß zweifellos hinter dem der Handlungsgesellschaften zurücktreten. Daß die Frage der Simu-

lation zwei Stellen der Erde bereits ausgeführt ist und die sich von allen bisherigen derartigen Projekten von Grund aus unterscheidet.

Bei diesen befindet sich der ganze Eisenbahnaufbau in einem Tunnel unter dem Meerespiegel. Bei der Unterbahn jedoch, die jetzt vorgeschlagen wurde, stehen lediglich die Schienen auf dem Meeresgrunde, während die Wagen über der Luft in freier Luft dahinfahren. Es bewegt sich also ein Karren auf einem im Meere befindlichen Bahngleise, auf dem sich ein hohes Gerüst mit Plattform erhebt. Diese nimmt die Passagiere mit der Unterfahrtsräume auf.

In zwei Stellen der Erde ist, wie erwähnt, diese eigenartige Unterbahn zur Ausdehnung gelangt, an beiden in einer den Verhältnissen angepaßten Form. Die eine Anlage befindet sich zu St. Malo, dem bekannten französischen Seebad. Man hatte dort eine dortige Bahn errichtet, die eine weite Strecke ins Meer hinausführt, und die die Probebahn für die eigentliche, über den Kanal zu erbauende darstellt. Auf dem Meeresgrunde ist eine Brücke aus Stahl gebaut und auf dieser liegen die Gleise. Drüber erhebt sich ein hohes Eisengerüst und auf diesem befindet sich die Plattform, auf der sich ein Wuppiliftbau, usw. erheben. Eine derartige Unterbahn hat außerordentlich viel verkehrsfähiger für sich, insbesondere natürlich für die Passagiere, die die Annehmlichkeiten einer Fahrt über das Meer genießen, ohne der unangenehmen Seerkrankheit ausgesetzt zu sein, und die sich dabei auf der Plattform ergehen können. Der Betrieb läßt sich auch bei schlechtem Wetter und stürmischer See vollkommen aufrecht erhalten, und selbst schwerer Sturm bringt keine Erschütterungen der Plattform hervor. Dies war eigentlich vorauszusetzen, denn bekanntlich ertönt sich die Wellenbewegung nur sehr wenig unter die Meeresoberfläche herab. Die Wasserflutungen, die in geringerer Tiefe liegen, sind selbst bei sonst stürmischer See sehr ruhig. Die Schienen und die Räder derartiger „Unterbahnen“ mit überseeischer Plattform“, wie man sie vielleicht nennen könnte, erleben also auch bei heftigen Wellengängen keinerlei Erschütterungen und das gleiche ist bei der Plattform selbst

latten eine so große Rolle spielt, dafür können sich die Handlungsgehilfen bei den Herren Sozialdemokraten bedanken, die immer behaupten, daß die Letzte bei der Befragung der Erwerbsunfähigkeit nicht mit der nötigen Vorsicht vorgehen. Eine große Rolle spielt, daß ein erheblicher Teil der männlichen und weiblichen Angehörigen tatsächlich nicht gehen ist. Bei diesem Entwurf ist die Einzelarbeit der veränderten Regelungen nicht zu haben. Der Einzelarbeit des Bauers stellt eine Vereinfachung der Arbeiterversicherung in Aussicht, und in demselben Moment kommt das Reichsjustizamt mit einer Vorlage, die der Vereinfachung die allergrößten Schwierigkeiten bringen muß.

Hg. Dr. Neumann-Solfer (Mitgl.) spricht in gleichem Sinne. Die Simulation ist nicht so groß. Auch die Kollegen fordern, die nicht für einen Simulanten Arbeit tun wollen. Es ist nicht fair, daß der Prinzipal, der nur ein Drittel der Beiträge zahlt, das Krankengeld für sich einziehen will.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 11 Mitgliedern.

Die Vieheschlachtkasse.

Es folgt die erste Lesung der Resolution zu dem Gesetze betreffend die Abwehr und die Unterdrückung der Vieheschlacht.

Hg. v. Pfeffen (fr.): Die Vorlage bringt wesentliche Verschärfungen und löstige Änderungen und Reformenregeln für den Landwirt. Der Kreis der anspruchsberechtigten Personen wird erweitert. Einzelheiten werden in der Kommission besprochen werden müssen. Die Lederindustrie darf nicht beeinträchtigt werden.

Hg. Siebenbürgen (fr.): Wir sind dem Vaterlande schuldig, den Viehschlacht der Bevölkerung zu erhalten. Der Redner wünscht Maßnahmen gegen die Verletzung von den Eisenbahnwagen heraus und macht Mitteilung von einem neuen Schutzmittel gegen die Maul- und Klauenseuche. Man solle dem Tier nämlich einen Strohhalm durchs Maul geben. Er habe das Mittel mit älteren Kollegen erprobt und empfehle es nun auch den jüngeren. (Selbstschluß.) Der Redner empfiehlt schließlich eine Abänderung des Abwehrerlasses.

Hg. Beckmann (nl.) bezieht die reichsgesetzliche Regelung der Viehschlachtkassen. Jede der Kommission wird es sein, die Interessen der Landwirtschaft mit denen der Gerber in Einklang zu bringen. Heber die Maul- und Klauenseuche müsse mehr Aufmerksamkeit verwendet werden.

Das Haus verlegt sich Dienstag 1 Uhr: Interpellation Kanitz über den Fondbesatz, dann Fortsetzung.

Schluß 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

9. Sitzung vom 13. Januar, 11 Uhr.

(Schluß.)

Hg. Dr. Friedberg (nl.) führt in seiner Rede wie folgt fort: Durch Heberlieferung, die nur durch eine Heberlieferung der Einnahmen und eine Unterbringung der Ausgaben herausgerechnet werden könnten dieses System sei im Etatsjahre 1907 zusammengebrochen. Dieses verfallene System verführe den Minister zu völlig falschen wirtschaftlichen Anschauungen. Welch ein Unbegriff es ist, wenn der Minister die zur Vergrößerung des erwerbenden Eisenbahnbetriebes notwendige Mittel mit der Pampumwirtschaft im Wege identifiziert! Wie könne man Ausgaben, die durch Erweiterung eines Wirtschaftsbetriebes dieses rentabler machen, mit den Ausgaben vergleichen, die das Reich sich auf dem Anleihewege verschaffen müsse? Mit den exorbitanten Extraordinarien müsse ein Ende gemacht werden, insbesondere mit dem Extraordinarium des Eisenbahnbaus. Insbesondere zwei Drittel der im Extraordinarium ausgemerkten Ausgaben stellen verwerfliches Kapital dar und gehören ins Ordinarium. Der Redner findet namens seiner Partei besondere Vorschläge zu einer Verbesserung der Gestaltung des Etats, nicht zuletzt im Interesse der Solidität des Etats, an. Eine Trennung des Etats der Pampumwirtschaft ist notwendig. Dann werde man einen überschüssigen Etat ohne die künstlich konstruierten Heberläufe und ohne das Defizit des Reichsbankens Etats erhalten.

In seiner weiteren Kritik der Etatpolitik trat der Redner u. a. für eine Sicherung der Heberläufe der Eisenbahnerverwaltung gegen die Angriffe der übrigen Ressorts ein. Der jetzige Zustand bringe in die Eisenbahnerverwaltung Unsicherheit und Unzufriedenheit. Notwendig sei auch ein Vergleichsbesatz, der so bestimmt ist, daß er seinen Zweck erfüllen könne. Der heutige Vergleichsbesatz sei dazu nicht in der Lage. Daß der Finanzminister nach den Ergebnissen des Jahres 1907 noch einen solchen Etat habe einbringen können, das habe bei seinen, des Redners, politischen Freunden das

Höchste Verleumdung.

erregt. Wie konnte der Minister einen solchen Etat vorlegen, der eine verheerete Bilanz darstellt! (Vehemente Bewegung.)

tatsächlich englische Truppen nach Afrika hinüberzuwerfen. Diesmal sind es aber die übrigen beteiligten Mächte, die dem Frieden nicht ganz trauen.

Weniger näher als diese Unternehmung nach Afrika liegt dem europäischen Interesse die nach England, deren neuesten Entwürfenstandpunkt wir schon erwähnt haben. Noch in erster Instanz als sie selbst, ist aber die Entwicklungsphase des Projekts, die sich teilweise mit ein Roman liest. Der Vorschlag, eine Unternehmung zwischen Frankreich und England zu bauen, ist nunmehr fast 30 Jahre alt und wurde zuerst von Sir Edward Balfour gemacht. Ein Bau wurde auch in Angriff genommen, nachdem man durch Vorarbeiten erkannt hatte, daß das unter dem Kanal liegende Gestein dem Vordringen feinerer Schwierigkeiten bereiten würde. Es bildete sich eine Gesellschaft, die einfach, ohne irgend jemand zu fragen, den Kanal zu graben anfing. Er war über zwei Meter breit, und man war auch schon auf die Länge von fast zwei Kilometern vorgezogen, als die Anstaltsleiter sich zu regen begannen! Sie erhoben ein großes Geschrei, die Presse wurde alarmiert, das Parlament in Bewegung gesetzt, und es gelang in der Tat, einen Parlamentsbeschluss herbeizuführen, nach dem die Arbeiten eingestellt werden mußten. Die Unternehmung, nach dem Kanal nicht so leicht aufzugeben. Sie erhoben sich, Sprengvorrichtungen anzubringen, mittels deren man den Kanal sofort zerstören konnte, sobald sich eine feindliche Macht in ihn hineinbewegte. Es half alles nichts: die Sache wurde durch das Parlament bezwungen.

Die englische Industrie suchte nun die Verbindung in anderer Weise herzustellen, indem sie eine Eisenbrücke mit nicht weniger als 120 Pfeilern von Land zu Land bauen wollte. Die bedeutendsten Männer stellten sich in den Dienst der Sache, große Summen wurden eingesetzt, und diese einstig haltende Brücke sollte eine Höhe erhalten, die es Segelschiffen mit Kieselmaschinen ermöglichen sollte, darunter durchzuführen, ohne anzukommen. Die Genehmigung des Parlaments blieb natürlich aus, und nun tauchte das neue und originale Projekt einer Unterbahn auf, die tatsächlich

der Fall. Diese steht fest auf einem starren Gerüst, das aus einzelnen verhältnismäßig dünnen, aber doch starken Trägern zusammengelegt ist. Ein derartiges Gerüst vermögen die Wogen nicht zu erschüttern, da sie an ihm wegen seiner geringen Masse keinen Angriffspunkt finden. Es werden durch die einzelnen Elemente gewissermaßen auseneinandergerissenen und Huten zu beiden Seiten weiter. Irigendmalische breitere oder härtere Teile, gegen die sie sich werfen könnten, sind nicht vorhanden.

St. die Bahn bei St. Malo nur eine Versuchsbahn, so wird in Amerika jetzt eine Unterbahn ähnlichen Systems gebaut, die nicht weniger als 240 Kilometer Länge durch das Meer hindurchzieht. Sie führt von der Stadt Miami an der Ostküste von Florida nach der Quarantäneinsel Key-West. Der amerikanische Ingenieur Herr W. Flagler ist es, der den in seiner Art einzigartigen Bahnaufbau ausführt. Die Kosten belaufen sich auf etwa 85 Millionen Mark. Allerdings ist das System, wie es in St. Malo ausgeführt wird, nur an einzelnen und zwar sehr feinen Stellen in Anwendung. Dort fährt der Zug auf die Plattform und wird mittels eines auf dem Meeresgrunde ruhenden Bahngleises weitergeführt. Weniger tiefe Stellen hingegen sind einfach überbrückt, und da wühlenderen zahlreichen Inseln liegen, so entsteht hier also eine Bahn, bei der die verschiedensten Systeme zur Anwendung gelangen; einmal das gewöhnliche Bahnsystem auf den Inseln, dann die Fahrt über lange Brücken und endlich die auf Säulen ruhende Unterbahn mit über den Wogen befindlicher Plattform.

Das Gebiet des Baues von Unterbahnen und zwar sowohl solcher, die in Tunnels unter dem Meeresgrunde, wie solcher die mit Hilfe auf ihm liegenden Schienen geführt werden, hat für die zukünftige Entwicklung unseres Verkehrs eine nicht zu unterschätzende Wichtigkeit. Die Zahl der Stellen auf der Erde, wo derartige Bahnen mit Vorteil verwendet werden können, ist eine sehr zahlreiche. So dürfte denn wohl kaum daran zu zweifeln sein, daß bereits in den nächsten Jahren eine größere Menge von Unterbahnen der verschiedensten Systeme zur Ausführung gelangen werden.

Eine verklärte Bilanz nicht im subjektiven, aber im objektiven Sinne, aus der man sich nicht beirren lassen kann. Man kann erklären, daß dieser Etat schon jetzt ein latentes Defizit von 100 Millionen enthält! Erst müssen wir Heberfälligkeit in unseren Etat bringen, ehe wir uns darüber entscheiden, ob und welche neuen Steuern wir bewilligen! Wir Nationalliberalen werden vorher keine neuen Steuern bewilligen, wir können sie nicht bewilligen. Der Redner erklärte dann einzelne bereits aufgetauchte Steuerpläne und verteidigte die direkten Reichsteuern. Das Deutsche Reich sei nicht sowohl ein Föderationsgebilde, als ein Gesamtstaat. Die Einzelstaaten seien nicht mehr souverän, da sie in ihrer Gesetzgebung ja größtenteils der Reichsgesetzgebung unterstellt seien. (Wiederholter Beifall links.) Dann wandte sich der Redner zu der neuen preussischen Anleihe. Er bezeichnet es als immerhin fraglich, ob sich die Ausschüttung der heute Banque nicht als Sparmaßnahme am falschen Orte erweisen werde. Wenn die Banknotendruckerei auch gute Miene zum bösen Spiel mache, so könne die Regierung doch vielleicht später einmal vergeblich ihre Hilfe in Anspruch nehmen. Zur

Wahlrechtsfrage

erklärt der Redner, er begrüße die Anerkennung der Reformbedürftigkeit des Wahlrechts durch die Regierung; seine Partei bedauere aber, daß die Rechte sich nicht entschließen für das Pluralwahlrecht erklärt habe. Wenn der Finanzminister in seinen Entschlossenheiten den Vorwurf gemacht habe, sie seien nicht parlamentarisch, so wolle er, daß er selbst gerade oft die Gemeinden zu Ausgaben dränge. Abg. Dr. Friedberg fährt dafür einige Beispiele an. Die Erklärung des Kultusministers Hofe hat den Redner nicht befriedigt. Ein Zusammenwirken von Kirche und Schule sei gewiß zu wünschen. Aber wenn der Minister etwa meine, die Kirche solle über der Schule stehen, so sei das eine Auffassung, die die Nationalliberalen scharf bekämpfen müßten. (Leb. Beifall und sehr richtig! links.) Die Unterordnung der Lehrer unter die geistlichen Schulinspektoren müsse beibehalten werden. Der Redner schloß: Wir brauchen eine starke Militärmacht und einen guten Finanzplan, dann werden wir unsere Aufgaben nach Innen und Außen gerecht bewältigen können.

Finanzminister v. Rheinbaben bescheinigt die Kritik des Vorredners an dem Etat als zu pessimistisch. Er müsse vor allem jedem Verlust, die Souveränität der Einzelstaaten anzugewöhnen, entgegenzutreten: Auch trotz des Grundgesetzes, Reichsrecht bricht Landesrecht! seien die Bundesstaaten nach wie vor souverän. Er sei sonst gern bereit, mit sich reden zu lassen, aber in diesem Punkte sei er uneröfflich. Der Minister verteidigt dann den neuen Modus in der Begebung der Anleihe: Sie stelle ganz und gar keinen Anstoß für die Großbanken.

dar, im Gegenteil, die Regierung habe im Interesse der Banken zu handeln geglaubt, wenn sie sie mit der Begebung dieser Anleihe nicht behelligt angeht der derzeitigen Gedankensanktion. Weiter weist der Minister in längerer Ausführungen den Vorwurf zurück, als habe er tatsächlich Bilanzverschleierung bei der Etatsstellung getrieben.

Kultusminister Hofe: Als ich mein Amt antrat, war der Plan zur Wädchenkursreform fertig. Es ist weiter gearbeitet worden. Ich hoffe, dem Hause noch in dieser Tagung eine entsprechende Denkschrift vorlegen zu können. Die Ortskollauden sind dort, wo Reformen sind, dem Rektor übertragen, dessen Dienstverhältnisse eine Revision unterzogen werden, sonst einer Persönlichkeitsfrage, die vom Vertrauen der Bevölkerung getrieben ist.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag, 14. Jan., 12 Uhr. Fortsetzung der Erörterung.

Schluß 4 Uhr.

Ausland.

Der österreichisch-ungarische Ausgleich.

Am ungarischen Abgeordnetenhaus wurden sämtliche Vorlagen betr. den Ausgleich mit Oesterreich debattiert im allgemeinen und in den Details angenommen. Hiermit ist der Ausgleich auch formell erledigt, nachdem er praktisch infolge der Verkörperung des Ermächtigungsgesetzes schon seit dem 1. Januar ins Leben getreten ist.

Das Dillseeproblem.

Das schwedische Telegraphenbureau ist in der Lage, mitteilen zu können, daß die vorhererzählten Behauptungen, die eine Entente der beteiligten Mächte über die Erhaltung des Status quo der Dillsee in der Wege seien, keineswegs darauf abzielen, den Grundriß zu verlegen, daß die Dillsee ein offenes Meer sei.

Anspruch englischer, schwedischer und russischer Mitteilungen über Verhandlungen betreffend eine Status quo-Entente in der Dillseefrage betont die „Berlingske Tidende“ in Kopenhagen, daß derartige Verhandlungen nicht geführt werden könnten, ohne daß Dänemark gegen seine großen Interessen am Eingange der Dillsee hinzugesogen würde. In dieser Frage seien die Interessen Schwedens mit denjenigen Dänemarks in allen Hauptpunkten völlig zusammen. Beide Länder könnten ihren Einfluß auf die Erledigung der Frage nur vergrößern, wenn sie gemeinsam aufträte. Außerdem bestreite die begründete Vermutung, daß infolge der so freundschaftlichen und vertraulichen Beziehungen zwischen der dänischen und schwedischen Leitung der auswärtigen Angelegenheiten dort, wo beide Staaten gemeinsame Interessen hätten, der eine nicht in Minderberechnung mit dem anderen handeln werde. Dänemark werde selbstverständlich in dieser Sache sich nicht mit einzelnen Mächten in Uebereinkommen einlassen, es sei denn, daß diese Uebereinkommen von allen Großmächten gutgeheißen würden, welche an der Dillseefrage interessiert seien. Denn das gleichmäßige Rücksichtnehmen auf alle beteiligten Mächte sei gerade das tragende Motiv für das Wesen einer derartigen Status quo-Entente. Eine Verwirklichung der Einzelheiten der Dillseefrage infolge der Verhandlungen über die französischen Pläne in Marokko zu überbringen.

Die Wandlung in Marokko.

Der Berliner Volksfratzer Franziskus Cambon hatte in Paris laue Unterredungen mit Clemenceau und Ribot über die Marokkofrage. Gestern ist er der „Magdeb. Zig.“ zufolge nach Berlin zurückgekehrt, um der deutschen Regierung wichtige Mitteilungen über die französischen Pläne in Marokko zu überbringen.

In A ß N erklärten in den sozialdemokratischen Demonstrationen Vertreter der Sozialisten in Vercin, daß sie den Vorwurf, die Volkspolizei unterstützt zu haben, als gerecht anerkennen, sie hätten sich zur Volkspolizei bekannt, im Glauben, daß es sich um einen Waffenstillstand zwischen den Liberalen und Konserverativen handle. Nun, nachdem erkannt sei, daß „mit liberaler Hilfe konserverative Politik“ getrieben werde, kennen wir den Waffenstillstand nicht mehr und erklären uns bereit, mit den Sozialisten im ganzen Lande eine energische Agitation zu entfalten.

Der italienisch-afrikanische Konflikt.

Die italienischen Blätter haben die von Menelik abgegebenen ausführlichen Erklärungen hervor und betont, daß der Zwischenfall in einer die nationale Würde durchaus befriedigenden Weise für die Diplomatie abgehandelt sei.

„Popolo Romano“ schreibt: Die schnelle Unterthung Englands, Frankreichs und Deutschlands, trotzdem Deutschland keine die Kolonien betreffenden Verträge mit Italien abgeschlossen hat, ist eine Tatsache, die der Regierung zur Ehre gereicht und auch die Wundtschneideur überzeugen muß.

Der italienische Minister des Auswärtigen Tittoni empfing wie „Agenzia Stefani“ meldet, von dem italienischen Ministerpräsidenten in Addis Abeba eine am 12. Januar ausgegebene Depesche, worin dessen geprüftes Telegramm bekräftigt und hinzugefügt wird, daß Negus Menelik alle Maßnahmen getroffen habe, damit die Abessinier aus dem Hinterlande von Benadir sich sofort zurückzögen, Nachforschungen nach den Hauptleuten Bongiovanni und Molinari angestellt würden und die Auslieferung der Gefangenen und des erbeuteten Viehs erfolge. Weiter bemerkt der Resident, daß er dem italienischen Vertreter in Lugd diese Zusicherungen und Maßnahmen des Negus durch einen Boten schon direkt mitgeteilt habe.

Der Zar und Stolypin.

In einem Rekrift des Zaren an seinen Ministerpräsidenten Stolypin heißt es, daß die vom russischen Ministerpräsidenten unter Leitung Stolypins vorbereiteten gelegentlichen Maßnahmen von hervorragender Bedeutung in Agrar- und anderen Staatsverwaltungsfragen, das wachsende Vertrauen zur Regierung, was besonders bei den letzten Damaskus-jutage trat, und viele erfreuliche Anzeichen zweifelloser Beibehaltung des Landes herabdes Ansehens ablegten von den hervorragenden Eigenschaften Stolypins.

Ministerpräsident Stolypin erhielt ein kaiserliches Rekrift, durch das er zum Staatssekretär des Kaisers ernannt wird. Der Minister für Volksaufklärung, von Kaufmann, ist seines Amtes entbunden worden unter Befolgung der Würde eines Senators und Hofmeisters. In seiner

Stelle ist der ehemalige Kurator des Moskauer Bezirks, Reichsratsmitglied Schwarz zum Minister ernannt worden. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Rowoski erhielt den Wladimirorden zweiter Klasse, dem Justizminister Schäferschlag und dem Wegebauminister Schäferschlag-Schäufly ist der Annenorden 1. Klasse verliehen worden.

Sportnachrichten.

Isufball.

Isufball-Ergebnisse vom Sonntag. In Halle siegte der Isufballklub „Vader“ über den F. R. „Hohenzollern“ mit 5:2. In Magdeburg schlug „Victoria“ v. 1896 den F. R. „Germania“ mit 9:1 und von den 11 Mannschaften dieser beiden Vereinigungen siegte „Victoria“ mit 5:1. In Dresden schlug „Tribuna“ den dortigen F. R. von 1893 mit 6:4 im Isufballspiel; die Verdachtsfälle wurden wegen zu hoher Schneedecke abgefragt.

Radsport.

Die Anlegung einer neuen Dresdener Kadrenbahn ist beschlossene Sache. Die am Mittwochabend im Palmengarten zu Dresden abgehaltene außerordentliche Hauptversammlung des Vereins für Radsportfahren hat mit Einstimmigkeit beschlossen, am Ende der diesjährigen Rennsaison die alte Bahn am Birkenwäldchen aufzugeben und das Angebot des Rates auf Erwerbung eines Geländes in Reider Park in der Nähe des Sebnitzer Werderrennplatzes anzunehmen. Der Beschluß wurde mit großer Mehrheit gefaßt. Das vom Rate angebotene Areal ist 40 000 Quadratmeter groß und soll 180 000 Mk. kosten. Da die Erwerbung der Bahn und die Errichtung der notwendigen Baukosten rund 100 000 Mk. erfordern, würde das ganze Unternehmen einen Wert von 280 000 Mk. darstellen. Um das notwendige Kapital aufzubringen, sollen Antzettel zu 300 Mk. ausgegeben werden. Man erwartet ein weitestgehendes Entgegenkommen des Rates, der sicher auch eine neue Straße bis zum Rennplatz erbauen und außerdem die Straßenbahn zum Werderrennplatz, die auf ihrem Laufe durch die Vororte noch eingeleitet ist, auch zweifelslos ausbauen und bis zum neuen Rennplatz durchführen wird. Ob das vor einigen Tagen an dieser Stelle besprochene Rennbahn-Projekt zur Ausführung gelangen wird, darüber steht noch ein Beschluß. Man kann aber annehmen, daß daselbst angenommen werden wird, da es vor allen Dingen die augenfälligen Mängel der alten Rennbahn beseitigt.

Der Reichsger. Richter Georg Busnik erscheint in diesem Jahre mit 2 Monaten auf der Bahn vorwärts sich ein neuer Doppelwagen beschaffen, welcher in der Stunde eine Geschwindigkeit von mehr als 130 Kilometer entwickelt. Seine Fährten hat der Schriftmeister Paul Schmidt übernommen, welcher bereits früher bei Butler, Contener, Aker und Schmitter als Schriftmeister tätig war.

Schneemann und Begener haben in Sturunterhandlungen mit der Leitung der Karrier Winterbahn. Die beiden Führer denken namentlich im Zendenfahren in Paris Geschäfte zu schließen.

Der Schriftmeister Ambrigo ist für die kommende Saison von Salsmann engagiert worden. Wie die „Rad-Zeit.“ mittelt, wird Salsmann zum erstenmal in Marzelle, der Vaterland Amerigas, hinter seinem neuen Schriftmeister fahren.

Winterport.

In St. Andreasberg im Harz ist seit Donnerstag acedente Schneelage zum Schneehaufen und davorliegende Abende 15 bis 20 vorhanden. Anstöße über Winter- und Schneebewältigung erfolgen durch den Vorsitzenden des Winterportvereins.

Leitung Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Schmann; für das Kunstteil: Otto Sonne; für Provinzialkorrespondenzen: Albert Perina; für den lokalen Teil: Eugen Brinkmann; für den Handelsteil: Fritz Ranz; für Gericht, Sport und Vermischtes: Hermann Sach; für den Anzeigenenteil: Max Riesebeck; Druck und Verlag von Otto Dendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —

„Achmann, Meisch, was machen Sie denn?“

Sie haken ja, daß einem ganz angst und bange werden kann und man liebt Ihnen an, wie denn Sie sich fühlen. Haben Sie denn schon Hans achte Sobener gebraucht? — Hans achte Sobener? Nein. — Aber Meisch, das ist eigentlich unverständlich! Soviel könnten Sie doch auch schon wissen, daß man gegen alle Anzeichen der Luftwege, gegen Gukten, Geistes- und Verleumdung vor allem ein Mann Hans achte Sobener Mineralwässern nimmt. Das verstehen Sie — ich hab Hans achte Sobener nicht nur in der Tasche, sondern auch auf dem Schreibtisch und im Schlafzimmer. Ich würde gar nicht, was ich ohne Hans achte Sobener anfangen sollte. Die Schmitz für ein wenig und man kann sie in jeder Apotheke, Drogerie oder Mineralwasserhandlung haben.

Preis-Ermässigung

auf Braunschweiger und Thüringer Wurst- und Fleischwaren.

Wir notieren von heute ab alle Wurst- und Fleischwaren zu den nachstehenden sehr billigen Preisen:

Allerbeste Qualität, täglich frische Sendungen.

Braunschweiger Schlackwurst, Dauerware	Pfd. 1.40	Regensburger Knackwurst, zum Kaltessen	Paar 0.25	Prager Delikatess-Schinken	Im Aufschnitt Pfd. 2.00
Thüringer Cervelatwurst, Dauerware	1.40	Halberstädter Siedewurstchen	0.18	Westfal. Delikatess-Schinken (beste Dauerware)	2.40
Stettiner Delikatess-Cervelatwurst (Toowurst)	1.40	Frankfurter Siedewurstchen	0.30		im Aufschnitt „ 2.20
Braunschweiger Mettwurst	1.10	Rügenwalder Gänsebrüste	1.90	Engl. Roastbeef	2.40
Westfälische Mettwurst, zum Kochen	1.30	Pariser Lachsbraten	1.80	Kalbsbraten, aus Hamb. Milchmahlkeulen	2.20
Thüringer Knackwurst, mit Kümmel und Knoblauch	1.20	Thüringer Salami, Dauerware	1.50	Hamburger Rauchfleisch	1.40
Braunschweiger Hausm. Leberwurst	1.00	Braunschweiger Zungenwurst mit viel Zunge	1.40	Fleischkase (Leberpastete)	2.40
Braunschweiger Hausm. Rotwurst	1.00	Wein-Selz in 1 Pfund-Dosen	1.40	Alle Sorten Rouladen	1.80
Chalotten-Leberwurst (Kalbsleberwurst, sehr delik.)	1.30	Münchener Ochsenmaul-Salat	2 Pfund-Dose 1.50	Münchener Bierwurst	1.60
Kalbsleberwurst mit viel Perigrin-Trüffel	1.70	Westfälisches Delikatess-Schinken zum Rohessen	1.50	Delikatess-Weinsülze	1.60

Die Preise verstehen sich für ganze Exemplare.

Die Preise verstehen sich für ganze Exemplare.

Oldenburger Süsrahmbutter, denkbar feinste Tafelbutter, Pfd. 1.40, Italienischer Salat mit viel Mayonnaise Pfund 1.20.

Garnierte Schüsseln mit Fleisch- und Wurstwaren, Ital. Salat, Nummer-Mayonnaise, Fischmayonnaise, Pasteten in hochparter, geschmackvoller und vornehmer Ausführung zu sehr mässigen Preisen.

Prima Asirachan-Kaviar, Pfd. 12.00, prachtvolle Engl. Natives-Austern, Dtzd. 2.50.

Wir bitten die Auslagen und Preise in unseren Schaufenstern zu beachten.

Pottel & Broskowski,

Delikatessen, Stadtküche, Weingrosshandlung.

Van Houten's Cacao

Qualität und Aroma in höchster Vollendung. Sparsam im Gebrauch.

Karl Pritschow's
Journal-Leserzirkel.
Bernburgerstr. 28. 388
Ein- und Ausritt jederzeit
Leihbibliothek.
Saubere Bücher, kohl. Bedingungen.
Annoncen-Expedition
f. alle Zeitungen d. in- u. Auslandes.
Steuer-Erfahrungen.
Buchführung, Einricht. von
Büchern befragt und
freng. geb. u. eingebr. literar.
Bücher. Offerten unter
B. A. 7239 an Hud. Hoffe, Halle.
Strümpfe in jeder Stärke
werden gut angefertigt bei
121 H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.

Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft.

Subskription

auf
Unverlosbare
Mark 20 000 000 4% Central-Bandbriefe vom Jahre 1907
bis 1917 unfindbar
emittiert auf Grund des
Königlichen Privilegiums Sr. Majestät des Königs von Preußen vom 21. März 1870.

Mark 20 000 000

Sonnabend, den 18. Januar 1908

Der zur Subskription bestimmte Betrag bildet einen Teil der unverlosbaren 4% Central-Bandbrief-Anteile vom Jahre 1907, welche auf Grund des im Deutschen Reichs-Gesetzblatt am 13. Juli 1907 veröffentlichten Prospektes zum Handel und zur Notiz an den Börsen von Berlin, Frankfurt a. M., Köln, Breslau, Dresden, Hamburg, Leipzig und München zugelassen worden sind. Von diesen unverlosbaren 4% Bandbriefen wird der Betrag von

Mark 20 000 000

zum Kaufe von 97,80 Prozent der Abnahme in Dresden . . . bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Abtheilung Dresden. Hamburg . . . bei S. Behrens & Sohn, Norddeutscher Bank in Hamburg. Leipzig . . . bei W. M. Warburg & Co., Hammer & Schmidt, Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Abtheilung Beter & Co., Bayerischen Bank für Handel und Industrie. München . . . bei Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Abtheilung Beter & Co., Bayerischen Bank für Handel und Industrie.

in Halle a. S. bei dem Halleischen Bankverein von Kulisch, Kämpf & Co. und den sonstigen Zeichnungstellen während der üblichen Geschäftsstunden - früherer Schluss vorbehalten - zur Subskription aufgelegt. Bei der Subskription ist eine Kautions von fünf Prozent des bezeichneten Betrages in bar oder in solchen Effekten zu hinterlegen, welche die Zeichnungsstelle als zulässig erachtet wird. Die Zuteilung geschieht dem Ermessen der einzelnen Zeichnungsstellen überlassen. Den Stempel der Zuteilungsschlusnote hat der Zeichner zur Last zu tragen.

Die Abnahme der ausgeteilten definitiven Stücke hat in der Zeit vom 23. Januar bis 28. Februar 1908 zu geschehen. Die Central-Bandbriefe sind ausgeteilt in Abteilungen zu 1000, 3000, 1000, 500, 300 und 100 Mark und mit Januar-Zins-Scheinen versehen. Sie werden von der Reichsbank in Klasse I begeben. Seitens der Inhaber sind die Central-Bandbriefe unfindbar. Die Gesellschaft hat dagegen, jedoch erst vom 1. Januar 1917 ab, das Recht, die Anteile zur Rückzahlung zu kündigen. Die Kündigung ist immer nur zum 2. Januar oder 1. Juli zulässig und muss dreimal, das erste Mal innerhalb der ersten 3 Tage des dem Rückzahlungstermin vorhergehenden Monats Juli bzw. Januar, bekannt gemacht werden. Sie kann nur die ganze Anteile oder einzelne Serien zum Gegenstand haben. Bei der Kündigung einzelner Serien muss die Reihenfolge derselben angegeben werden. Eine Verzinsung findet bei dieser Anteile nicht statt, ebensowenig eine Rückzahlung innerhalb einer bestimmten Frist.

Die Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft zu Berlin ist am 23. Mai 1870 in das Handelsregister eingetragen. Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten und drei Direktoren. Präsident und Direktoren werden vom Verwaltungsrat gewählt, die Wahl bezieht sich jedoch der Allerhöchsten Befehl durch Sr. Majestät den König. Die Aufsicht der Staatsregierung wird unter Leitung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten durch einen Staatskommissar ausgeübt, welcher Befugnis hat, jederzeit die Bücher, Schriften und Bestände der Gesellschaft einzusehen, von den Verwaltungsorganen der Gesellschaft Auskunft zu verlangen und an allen Sitzungen der Verwaltungsorgane teil zu nehmen. Ihm sind gleichzeitig auch die Obliegenheiten eines Treuhänders übertragen.

Am 31. Dezember 1907 betragen:

das eingezahlte Grundkapital	Mark 20 000 000,-
der Bestand an erworbenen Hypotheken	680 256 783,33
der Bestand an erworbenen Kommunal-Darlehen	111 172 785,94
der Umlauf von Central-Bandbriefen	644 506 550,-
der Umlauf von Kommunal-Darlehen	107 475 800,-

Für die pünktliche Zahlung von Kapital und Zinsen der Central-Bandbriefe haften die in das Hypothekenregister eingetragenen Darlehensforderungen. Der Staatskommissar hat die Urkunden über die Hypothekendarlehen und den Umlauf der Gesellschaft zu verwahren und darf diese Urkunden nur gemäß der Vorschrift des Reichs-Hypothekendarlehensausgebens herausgeben. Kein Bandbrief darf von der Gesellschaft ausgegeben werden, der nicht zuvor durch eine vorliegende, in das Hypothekenregister eingetragene Hypothekendarlehensforderung gedeckt ist. Die Gesellschaft gewährt hypothekarische Darlehen nur auf solche Grundstücke, die einen dauernden und sicheren Ertrag geben. Sie befolgt Grundsätze in der Regel nur zur ersten Stelle, die Bezeichnung darf die ersten drei Buchstaben des Wertes des Grundstücks nicht übersteigen. Grundstückliche Grundstücke dürfen bis zu zwei Dritteln ihres Wertes befohlen werden, soweit die Centralbehörden der Bundesstaaten, in welchen die Grundstücke liegen, solches gestatten. Der bei der Bezeichnung angenommene Wert des Grundstücks darf den durch sorgfältige Ermittlung festgestellten Verkaufswert nicht übersteigen. Bei der Bezeichnung dieses Wertes sind nur die dauernden Eigenschaften des Grundstücks und der Ertrag zu berücksichtigen, welchen das Grundstück bei ordnungsmäßiger Wirtschaft jedem Besitzer nachhaltig gewähren kann. Berlin, im Januar 1908.

Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft.

von Kulisch Schwarz Lindemann Lühbe.

Sprengel & Rink

Leipzigstr. 2 - Telefon No. 414
empfehlen
Holländer Imperial-Austern
extra schwer per Dtz. 2,25. 1177
Stets frische lebende und gekochte Hummer, Prachtvolle Brüss. und franz. Poularden, Puter, Kapannen, Poulets, Gänse, Enten und Hähnchen.
Extra starke Waldhosen, Fasanen, Hasel- und Schneehühner, fette Wachteln, Hochfeine Kopt-, Endivien- und Romaine-Salat, Escarolles, Engl. Gurken.
Besonders schöne Madeira-Ananas, Fettesten Rhein- und Weserlachs, Elbaale, Neunangen.
Jede Woche frisch eintreffend:
Prachtvolle holl. Angelschellfische.
NB. Unsere Wein- und Frühstückstube bringen wir in empfehlende Erinnerung.

Zur Bauzeit empfiehlt:
Hochfeuerfeste Chamottesteine (35. Seger-Tege),
Langlochsteine,
Deckensteine (vom Kgl. Materialprüfungsamt zu Gr.-Bichterfeld auf größte Festigkeit geprüft)
Dampfziegelei Fr. Kuhn, Passendorf
(Ziegeleimeister C. Strich). 1145
Verkaufsort Halle: Steinweg 42.

Portland-Zement

Marke „Harz-Zement“
aus der Fabrikation der Vereinigten Harzer Kalk-Industrie Eilbingerode.
Erstklassige Zug- und Druckfestigkeits-Zeugnisse. - Feinste Referenzen -
Rammelberg & Heicke
:: Magdeburg ::
Generalvertrieb für Provinz Sachsen, Herzogtum Anhalt, Provinz Brandenburg (exkl. Gross-Berlin und 30 Kilometer im Umkreise von Berlin). 111
Ausser Syndikat

Ceylon Wedda
Tee-Schmidt
Kakao/Soma
Chokolade

Soennecken-Büromöbel
Fabrik in Bonn
Schreibische Ideal-Bücherschränke Aktenschränke u. a.
F. SOENNECKEN & BONN
Berlin, Taubenstr. 16
Leipzig, Altes Rathaus

Die Töchter des Erfinders
Ein ideales Haarpflegemittel
ist das seit 20 Jahren glänzend erprobte
Peruan. Tannin-Wasser.
Erfinder und alleinige Fabrikanten:
K. A. Gilmann & Co. 162
Zu haben mit Fettgehalt oder fettfrei in Flaschen M. 1,75 und M. 3,50, sowie Literflaschen a. M. 5.- in Apotheken, Drogen-, Parfümerie- u. Friseurgeschäften.
Eingros-Lager, Generalvertrieb
Baumann & Hedderoth,
Gr. Steinstr. 79. - Tel. 2605.
Paul Stollberg, Magdeburgerstr. 68,
Fritz Mischke, An der Universität 1,
Reuter, Köhlstrasse 183.
A. Patz, Gr. Ulrichstrasse 7,
Carl Reichert, Merseburgerstr. 161,
O. Stiebritz, Friseur, Merseburg.

Moritz Hille, G.m.b.H. Dresden-Löbtau.
Sauggas Leuchtgas Benzin Rohöl
Motore
Filialbureau Leipzig, Plänterscher Platz 7 (dauernde Gewerbe-Ausstellung, Ing. Gustav Kimmel).

Uebermorgen Ziehung.
Rote + Lotterie
für das Geleitfest in Hohenstein.
Hauptgew. Mk. 45000 bar.
Los M. 3.30. Porto u. Losenach auswärts 30 Pf.
Pettrich & Kopsch, Halle a. S., Salzmarkt 6.

Detail-Verkauf von
Fabrik-Resten
in Kleiderstoff, Baum- u. Leinwand
enorm billig.
C. Wilh. Schrader,
Leipzigstr. 17,
eine Treppe, kein Laden.

Faurebare Lokomobilen
zu Kauf und Miete.
Reparaturen fachgemäß und billig.
Centrifugalpumpen
Lehrweise.
Anhalter Tiefbohrwerke
G. m. b. H. 119
Cöthen i. Anhalt, Ringstr. 5